

Umfrage zur Landtagswahl in Bayern

Blitzumfrage des BVMW Bayern ergibt: Alleinherrschaft der CSU gefährdet / FDP ist Koalitionsfavorit

München – Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) hat 7.500 bayerische Unternehmen aufgefordert, bei einer Blitzumfrage im Zuge der Landtagswahl 2008 ihre Meinung zur Situation des Mittelstandes in Bayern zu äußern. Die Antworten der knapp 500 Unternehmerinnen und Unternehmer, die an der Online-Umfrage teilnahmen, führten zu überraschenden Ergebnissen.

Die Mehrheit der Befragten fordert einen Wandel in der Regierung Bayerns. Auf die Frage, welche Regierungskonstellation sich die Mittelständler nach der Bayerischen Landtagswahl 2008 wünschen, antworteten 40,6 Prozent, dass sie eine Koalition von CSU und FDP bevorzugen. Dieses Ergebnis liegt weit vor dem Wunsch nach der traditionellen Alleinherrschaft der CSU, für die nur 22,4 Prozent stimmten. Immerhin 14,3 Prozent können sich sogar eine Koalition komplett ohne Beteiligung der CSU vorstellen.

Welch große Verantwortung mittelständische Unternehmen für die Ausbildung des Nachwuchses in Deutschland übernehmen, zeigen die Antworten auf die Frage, wie der Fachkräftemangel in Bayern beseitigt werden soll. Knapp 92 Prozent stimmten dafür, dass verstärkt Investitionen in Bildung und Ausbildung getätigt werden müssen, um dem Mangel entgegenzuwirken. Nur 22,6 Prozent der Unternehmer sprachen sich dafür aus, dass ausländischen Fachkräfte den Mangel ausgleichen sollen. Deutschland muss zuerst auf seine eigenen Ressourcen zurückgreifen und diese adäquat fördern, bevor es seinen Blick ins Ausland lenkt, fordert in diesem Zusammenhang auch der BVMW.

Auch für den gesetzlichen Mindestlohn können sich die meisten Mittelständler nicht erwärmen. 62 Prozent der Befragten bevorzugen eine tarifliche Regelung des Verdienstes gegenüber dem Mindestlohn (36,9 Prozent). 55,2 Prozent wünschten sich außerdem flexiblere Hinzuverdienste für Empfänger von Arbeitslosengeld II.

Beim Ausbau der Infrastruktur liegen die Prioritäten eindeutig auf einer flächendeckenden Breitbandversorgung (77,1 Prozent), vor allem in ländlichen Gebieten, und auf dem Ausbau und der Modernisierung der Transportwege im Bereich des Straßen- und Schienenverkehrs (durchschnittlich 68 Prozent).

Ein überraschendes Ergebnis bot die Frage, welche Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung zukünftig wünschenswert wären. Über 70 Prozent der Unternehmer wollen mehr Wettbewerb bei Kassen, Ärzten und Krankenhäusern. Versicherte sollen außerdem eigenverantwortlich handeln. Die Einführung des von der Bundesregierung geplanten Gesundheitsfonds wird jedoch größtenteils abgelehnt. Nur 13,2 Prozent sind für den Fonds.

Der Wunsch vieler Unternehmer nach mehr Entscheidungsfreiheit und weniger Reglementierungen durch die Regierung drückt sich in den zahlreichen Antworten auf die offene Frage aus, welche Themen in der Landespolitik Bayerns zuerst angepackt werden müssen. Ganz oben auf der Agenda sollen die Vereinfachung des Steuerrechts und Entbürokratisierung stehen, denn gerade Steuernachteile und Bürokratie stellen die größte Bedrohung für die Wirtschaftskraft des Mittelstandes dar. Die Bayerische Staatsregierung soll im Bezug auf das Erbschaftssteuergesetz einen strikten Kurs gegenüber der Bundesregierung einschlagen. 41,6 Prozent der befragten Mittelständler sind für einen ersatzlosen Wegfall des Erbschaftssteuergesetzes, 40 Prozent würden sich schon mit einer Situationsverbesserung für Erben von Familienunternehmen zufrieden geben.

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Landesverband Bayern ■ Achim von Michel ■ WORDUP Public Relations ■ Bavariaring 25 ■ 80336 München
Tel.: 089 28788780 ■ Fax: 089 28788789 ■ E-Mail: achim.von.michel@bvmw.de

WORDUP Public Relations ist Mitglied im Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V. (BVMW) und vertritt den Landesverband Bayern gegenüber der Presse. WORDUP Public Relations ist Mitglied im Bayerischen Journalisten Verband e.V. (BJV) und im Presseclub München e.V.

Presseinformation



Eine klare Position beziehen viele Unternehmer bei der Bildungs- und Ausbildungsförderung. Sie fordern eine grundlegende Schulreform, die Abschaffung der Studiengebühren und mehr Investitionen in die Bildung, denn sie ist der Schlüssel für zukünftige Innovationen. Auch die Infrastruktur muss an vielen Stellen der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden, durch Gründung von Kindertagesstätten und Ganztagschulen, durch Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationswege und durch die Senkung der Energiekosten.

„Mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Deshalb ist es höchste Zeit, dass der Mittelstand in Bayern sagt, was er von der Landesregierung erwartet“, betont Heinz Bommersheim, Landesbeauftragter des BVMW Süd. „Die zukünftige Bayerische Regierung ist aufgefordert, auf die Stimmen des Mittelstandes zu reagieren und gewinnbringend in die Zukunft des Landes zu investieren. In einer CSU / FDP-Regierung sieht der bayerische Mittelstand hierfür die beste Lösung.“

Über den BVMW:

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) vertritt 53.000 kleine und mittlere Unternehmen aller Branchen. Zusammen mit den 40 angeschlossenen Fach- und Branchenverbänden beträgt die Zahl der Mitgliedsbetriebe insgesamt 150.000, die 4,3 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. Damit ist der BVMW die größte freiwillig organisierte Kraft des deutschen Mittelstandes. Zu seinen Aufgaben gehört die politische Interessenvertretung des Mittelstands. In Bayern ist der BVMW mit 11 Kreisgeschäftsstellen in den Regionen präsent.

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Landesverband Bayern ■ Achim von Michel ■ WORDUP Public Relations ■ Bavariaring 25 ■ 80336 München
Tel.: 089 28788780 ■ Fax: 089 28788789 ■ E-Mail: achim.von.michel@bvmw.de

WORDUP Public Relations ist Mitglied im Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V. (BVMW) und vertritt den Landesverband Bayern gegenüber der Presse. WORDUP Public Relations ist Mitglied im Bayerischen Journalisten Verband e.V. (BJV) und im Presseclub München e.V.